

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Lars Gindele (KV Potsdam)

Änderungsantrag zu PB.L-01

Nach Zeile 352 einfügen:

Der Mobilitätswende eine Grundlage geben

Zur Einhaltung der Klimaziele des Pariser Abkommens braucht es eine Mobilitätswende. Die bestehende Verkehrsgesetzgebung orientiert sich bislang am Wachstum von PKW- und LKW- sowie Flug-Verkehren und der darauf zugeschnittenen vorhandenen Infrastrukturen. Wir werden ein modernes Mobilitätsgesetz als entscheidende Säule für die Verkehrswende auf den Weg bringen. Es ersetzt bestehende Regelungen und orientiert sich am Umweltverbund. Statt des Autos steht der Mensch mit seinen vielfältigsten Bedürfnissen im Mittelpunkt. Das schließt insbesondere die Verletzlichsten, wie Kinder und mobilitätsbeeinträchtigte Menschen ein. Das Gesetz vollzieht eine Wende weg vom übermäßig priorisierten motorisierten Individualverkehr. Die Neunutzung der Räume zugunsten von mehr aktiver Mobilität, Verkehrssicherheit, mehr gemeinschaftlicher Angebote auch in der Mobilität sowie Grün und sozialer Räume funktioniert nur, wenn auf Bundesebene die entsprechenden Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Begründung

Hierbei handelt es sich um einen leicht modifizierten ÄA zum Antrag PB.L-01-352 der BAG Mobilität und Verkehr.

weitere Antragsteller*innen

Mathias Hasselmann (KV Barnim); Doris Tuchan (KV Cottbus); Stefan Brandes (KV Oder-Spree); Wolfgang Thiemig (KV Barnim); Gerrit Alino Prange (KV Potsdam); Kathleen Mattke (KV Cottbus); Anna Sophie Emmendorffer (KV Potsdam-Mittelmark); Ralf Schuster (KV Cottbus); Matthias Gerloff (KV Teltow-Fläming); Alexandra Pichl (KV Potsdam-Mittelmark); Isabell Knepper (KV Potsdam); Frank Otto (KV Potsdam); Helge Kramer (KV Potsdam); Marie Neubert (KV Cottbus); Bärbel Treutler (KV Prignitz); Andrea Lübcke (KV Dahme-Spreewald); Manfred Dippmann (KV Cottbus); Clemens Rostock (KV Oberhavel); Nicolas Scharioth (KV Berlin-Pankow)